

Gemeinsame Erklärung zur Stärkung des Ehrenamtes im Bereich der kommunalen Gefahrenabwehr im Land Mecklenburg-Vorpommern

Alle Unterzeichner dieser Erklärung sind sich der besonderen Bedeutung des Ehrenamtes im Bereich der kommunalen Gefahrenabwehr in unserem Land bewusst und werden auch in Zukunft aktiv für dessen Stärkung eintreten. Ehrenamtlich Tätige erfüllen nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Gefahrenabwehr, sie erwerben darüber hinaus bedeutende Fach- und Sozialkompetenz, welche die Arbeitgeber in ihrem Bereich gewinnbringend nutzen können.

Gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern besitzt das Ehrenamt im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes eine elementare Bedeutung für die kommunale Gefahrenabwehr.

Zurzeit können alle Bürgerinnen und Bürger auf die Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit des ehrenamtlichen Hilfeleistungssystems, das sich aus den Feuerwehren und dem THW als öffentlich-rechtliche Einrichtungen sowie dem ASB, der DLRG, dem DRK, der JUH und dem MHD als private Hilfsorganisationen zusammensetzt, vertrauen. Demographischer Wandel und die zunehmend geforderte Mobilität der Beschäftigten bedingen kurz- und mittelfristige Maßnahmen, um das System leistungsfähig und in vollem Umfang zu erhalten.

Aus diesem Grund sind sich alle Unterzeichner einig, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um

1. die Mitgliederzahl in den oben genannten öffentlich-rechtlichen Einrichtungen und privaten Hilfsorganisationen zu erhöhen,
2. alle öffentlichen und privaten Arbeitgeber auf ihre Verantwortung für die Gesellschaft aufmerksam zu machen und
3. den ehrenamtlichen Helfern ihre Tätigkeit jederzeit zu ermöglichen.

Zur Umsetzung dieser Maßnahmen haben sich alle Unterzeichner bereit erklärt, verstärkt Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit dem Landesfeuerwehrverband Mecklenburg-Vorpommern, dem THW und den privaten Hilfsorganisationen zu betreiben. Darüber hinaus wird diesen Organisationen der Zugang zu den Bildungseinrichtungen der Unterzeichnenden gewährt, um für ihre Arbeit zu werben.

Die Freistellung der ehrenamtlich Tätigen von der Arbeits- und Dienstleistung während der Dauer der Teilnahme an Einsätzen, Übungen und Lehrgängen ist der Schlüssel zur Aufrechterhaltung des Hilfeleistungssystems in unserem Land. Alle Unterzeichner wirken in ihren Kammern und Verbänden darauf hin, das Verständnis der Arbeitgeber in diesem Punkt zu stärken, Vorbehalte abzubauen und besonders positive Beispiele in der Öffentlichkeit zu publizieren.

Im Bereich des öffentlichen Dienstes werden bei Stellenbesetzungen Tätigkeiten, die dem Allgemeinwohl dienen und besonderes soziales Engagement erfordern, bei der Auswahlentscheidung berücksichtigt.

Landkreistag
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Städte und Gemeindetag
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Industrie- und Handelskammer
zu Schwerin

Arbeiter-Samariter-Bund
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Industrie- und Handelskammer
zu Rostock

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V.
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern

Industrie- und Handelskammer
zu Neubrandenburg

Deutsches Rotes Kreuz
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Handwerkskammer Schwerin

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.
Landesverband Nord

Handwerkskammer
Ostmecklenburg-Vorpommern

Landesfeuerwehrverband
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Vereinigung der Unternehmensverbände
für Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Malteser Hilfsdienst e.V.
Mecklenburg-Vorpommern

Kommunaler Arbeitgeberverband
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Technisches Hilfswerk
Länderverband HH M-V S-H

Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Schwerin, den 4. Dezember 2008